

6.4.2 Entwicklungspolitik

Leitfragen

Welche Motive bestimmen die Entwicklungszusammenarbeit?

Welche Strategien und Ziele sollen Sicherheit herstellen?

Wie ist Entwicklungspolitik zu beurteilen?

Was macht Entwicklungspolitik aus?

Seit den 1960er Jahren gibt es Versuche der Industrieländer, ärmere Staaten bei der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Der lange Zeit gebräuchliche Begriff „Entwicklungshilfe“ wurde später durch den neutraleren Begriff der Entwicklungspolitik ersetzt. Um zu verdeutlichen, dass Erfolge sowohl Bemühungen der unterstützenden als auch der zu entwickelnden Staaten benötigen, wird heute vielfach auch von Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungspartnerschaft gesprochen.

Welche Motive bestimmen die Entwicklungspolitik?

Die Kluft zwischen den Gesellschaften der Industrieländer und dem armen Teil der Welt bedeutet eine politische und moralische Herausforderung für die Staatengemeinschaft, gerade angesichts globaler Bedrohungen. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich kann als Ungerechtigkeit gesehen werden, die aus ethischen bzw. moralischen Gründen die reichen Gesellschaften zur Hilfe verpflichtet. Gleichzeitig wird die Politik aus der Kolonialzeit für etliche Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht (Grenzziehungen, Ausbeutung von Bodenschätzen etc.), woraus eine besondere Verantwortung für die Industrieländer erwächst.

Jedoch gibt es auch ein Eigeninteresse der Industrieländer an einer Verbesserung der Situation in den Entwicklungsländern: Hierbei spielen wirtschaftliche Motive eine zentrale Rolle, da inzwischen erfolgreiche Schwellenländer gerade aus Asiens für die Industrieländer nicht nur zu Konkurrenten geworden sind, sondern sich auch zu wichtigen Absatzmärkten entwickeln. Gleichzeitig soll mit Hilfe von Entwicklungspolitik den zunehmenden Migrationsbewegungen durch verbesserte Lebensbedingungen in den Heimatländern entgegengewirkt werden, um so den Zuwanderungsdruck beispielsweise auf die EU abzumildern (Kap. 5.4).

Hat Entwicklungszusammenarbeit etwas mit Sicherheitspolitik zu tun?

Verbreitete Armut und Perspektivlosigkeit in den Entwicklungsländern kann unter Umständen auch die Unterstützung in der Bevölkerung für terroristische Bewegungen bzw. diktatorische Regierungen erhöhen und gilt dementsprechend als Sicherheitsrisiko. Entwicklungszusammenarbeit hat deshalb heute einen direkten Bezug zur Sicherheitspolitik. Sie soll einen wesentlichen Beitrag zur Prävention von innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten leisten. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Ursachen von Konflikten in sozioökonomische Ungleichheiten und damit verbunden in schwachen staatlichen Strukturen liegen.

So soll Entwicklungszusammenarbeit globalen Herausforderungen, wie der Destabilisierung ganzer Regionen durch Bürgerkriege, Hungersnöten, Pandemien mittel- und langfristig entgegenwirken. War Entwicklungshilfe früher eher als Almosen für arme Staaten und als Gebot der Menschlichkeit gesehen worden, ist Entwicklungspolitik in der globalisierten Welt ein Instrument, globale Sicherheit zu schaffen (Kap. 6.1.1). Sie versteht Sicherheit dabei nicht im globalen Machtgefüge, sondern als menschliche Sicherheit. Das Ziel von Entwicklungspolitik ist dementsprechend der Schutz bzw. die Förderung der Überlebens- und Entfaltungschancen von allen Menschen.

Mit welchen Zielen und Strategien ist Entwicklungspolitik verbunden?

Während das grundlegende Ziel von Entwicklungspolitik – eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage – über die Jahre gleichgeblieben ist, haben sich die bevorzugten Strategien zum Erreichen dieses Ziels gewandelt.

In den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts ging man davon aus, dass endogene Faktoren, wie z.B. technischer und wirtschaftlicher

Wer sind die Akteure der Entwicklungspolitik?



© Bergmoser + Höller Verlag AG

625/110

Rückstand, traditionelle Gesellschaftsstrukturen Hauptgründe für Unterentwicklung seien. Um Unterentwicklung zu überwinden, sei die Modernisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft nötig (**Modernisierungstheorie**). Vorbild dafür waren die Industriestaaten. Entwicklungspolitik setzte deshalb auf eine nachholende Entwicklung und somit auf Marktwirtschaft, Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und Exportorientierung. Nur in wenigen Ländern, wie Taiwan oder Südkorea war dieses Vorgehen erfolgreich.

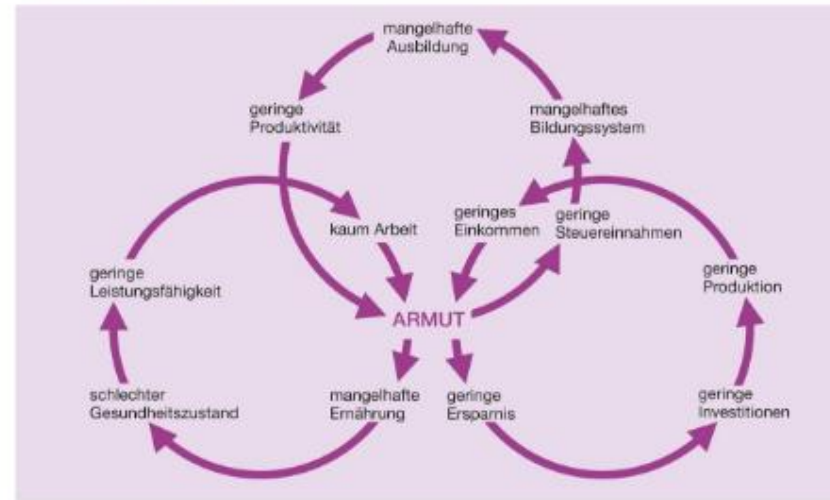
In den 70er und 80er Jahren setzte sich deshalb die Erkenntnis durch, dass wegen exogener Faktoren, wie die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Kolonialismus und die Unterlegenheit im internationalen Handel (**Dependenztheorie**) Unterentwicklung nicht beseitigt werden könne. Deshalb sollte Entwicklungspolitik Entwicklungsländer in ihrer autozentrierten Entwicklung unterstützen. Autozentrierte Entwicklung bedeutet das Herauslösen der Entwicklungsländer aus dem

Weltmarkt gestützt auf die eigenen Ressourcen und Bedürfnisse, um eine eigenständige Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen.

An dieser Stelle setzt auch die **Grundbedürfnisstrategie** an. Mit dieser Strategie wollte man erreichen, dass alle Menschen Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen bekommen und so die Versorgung mit Nahrung, Wasser, Bildung, Kleidung und Wohnung gesichert wird. Ziele waren dementsprechend die Förderung der Landwirtschaft, die Durchsetzung von Landreformen und der Ausbau der Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen, Verkehrssysteme etc.).

An die Stelle der Grundbedürfnisstrategie ist heute eine Mischung aus exportorientierten Entwicklungskonzepten und Armutsbekämpfung getreten, welche jeweils darauf abzielen, den Teufelskreis der Armut mit Hilfe der unterschiedlichsten Akteure zu durchbrechen.

Teufelskreis der Armut



Nach: Uwe Andersen, *Entwicklungsdefizite und mögliche Ursachen*, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 286, 2005, S. 18

Die Grundidee heutiger Entwicklungspolitik

Das grundlegende Prinzip heutiger Entwicklungspolitik ist „Hilfe zur Selbsthilfe“. Handlungsleitend ist hier die Idee, dass ohne Einbindung der lokalen Bevölkerung und Berücksichtigung der jeweiligen natürlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine erfolgreiche Entwicklung nicht möglich ist. Der Versuch, Entwicklung von oben zu generieren, gilt als gescheitert. Es müssen darum Techniken entwickelt und angewandt werden, die auf Dauer von der ansässigen Bevölkerung auch genutzt werden können. Damit sollen nachhaltige Möglichkeiten einer langfristigen eigenständigen Erzielung von ausreichenden Erträgen aufgezeigt werden – sei es zur Selbstversorgung oder zur Vermarktung.

Nachhaltige Entwicklung muss jedoch auch in ökologischer Hinsicht gewahrt sein. Alle Projekte müssen auf Ressourcenverbrauch und Umweltverträglichkeit hin überprüft und Hilfen zur Vermeidung der armutsbedingten Vernichtung natürlicher Ressourcen (z. B. Abholzung von Wäldern) geleistet werden (Kap. 2.8.1). Weitere wichtige Faktoren sind:

- Ein wichtiger Faktor ist der Kampf gegen Analphabetismus, um die Bildungschancen breiter Bevölkerungsschichten zu erhöhen.
- Zentral für verbesserte Lebensbedingungen sind die Förderung von Frauen sowie ein Ende ihrer Diskriminierung. Erfahrungen zeigen, dass die verstärkte Einbeziehung von Frauen erst die Voraussetzung für den Erfolg vieler Entwicklungsprojekte schafft.
- Die negativen Wirkungen von „Bad Governance“ werden stärker als früher bedacht. So wird die Vergabe von Entwicklungsgeldern seit einiger Zeit auch an gute Regierungsführung in den Empfängerländern gebunden (Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte). Allerdings ist der Einfluss von Entwicklungspolitik auf das Verhalten von Regierung und Verwaltung in Entwicklungsländern i. d. R. begrenzt.

Entwicklungspolitik – eine Aufgabe für die gesamte Staatengemeinschaft?

Bei der UN-Vollversammlung im September 2000 – auch Millenniums-Gipfel genannt – wurden angesichts der nach wie vor unbefriedigenden Situ-

ation in einem großen Teil der Entwicklungsländer acht sog. Millenniumsziele proklamiert, die man bis 2015 möglichst erreicht haben wollte. Diese Ziele sind völkerrechtlich nicht verbindlich.

- Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der an extremer Armut und Hunger leidet;
- Gewährleistung der Grundschulbildung für alle Kinder;
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauenrechte;
- Senkung der Kindersterblichkeit;
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern;
- Bekämpfung von HIV, Malaria und anderen übertragbaren Krankheiten;
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, verstärkter Umweltschutz;
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Die Bilanz der Weltgemeinschaft, die im letzten Bericht zur Umsetzung der eigens gesetzten Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) 2015 gezogen wurde, ist insgesamt positiv, wenngleich nicht alle Ziele erreicht worden sind. Nach den Angaben des Berichts sei die weltweite Armut in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gesunken, konnten mehr Kinder die Grundschulen besuchen und nahm die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren und Müttersterblichkeit deutlich ab. Gleichzeitig habe aber die Ungleichheit in den Entwicklungsländern zugenommen, was zu politischer Instabilität geführt habe.

Leitmotive der UN-Entwicklungspolitik – die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 wurde im September 2015 auf dem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mit-

gliedsstaaten verabschiedet. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt und gilt für alle Staaten dieser Welt. Das Kernstück der Agenda bildet ein ehrgeiziger Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Die 17 SDGs berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen. Die 17 Ziele sind unteilbar und bedingen einander. Ihnen sind fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien in der Präambel vorangestellt:

- **Die Würde des Menschen im Mittelpunkt (People):** Eine Welt ohne Armut und Hunger ist möglich
- **Den Planeten schützen (Planet):** Klimawandel begrenzen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren
- **Wohlstand für alle fördern (Prosperity):** Globalisierung gerecht gestalten
- **Frieden fördern (Peace):** Menschenrechte und gute Regierungsführung
- **Globale Partnerschaften aufbauen (Partnership):** Global gemeinsam voranschreiten

Im Englischen spricht man von den „5 Ps“: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership. Die Agenda 2030 geht von einem Wohlstandsverständnis aus, das über die Betrachtung von Pro-Kopf-Einkommen hinausgeht und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt (Kap. 2.8.3). Die Zusammenhänge zwischen Klimapolitik, nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung werden berücksichtigt. Nicht genügend berücksichtigt werde, so Kritiker, die Handels-, Migra-

tions- und Agrarpolitik. Dabei seien es gerade jene Politikbereiche, die das Leben der Menschen in den Ländern des globalen Südens negativ beeinflussten.

Die deutsche Entwicklungspolitik

In Art. 1 Abs. 2 des Grundgesetzes heißt es: „Das Deutsche Volk bekennt sich [...] zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Mit entwicklungspolitischen Projekten soll darum die deutsche Entwicklungspolitik dazu beitragen, dass Menschen in den Entwicklungsländern in Freiheit, ohne materielle Not und selbstbestimmt leben können.

Die Bundesregierung sieht die Globalisierung dabei als den Rahmen für erfolgreiche Entwicklungspolitik an. Sie nennt insgesamt vier entwicklungspolitische Ziele (vgl. Ziele nachhaltiger Entwicklung):

- Soziale Gerechtigkeit durch Armutsminderung und sozialen Ausgleich.

- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- Politische Stabilität durch Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung.
- eine global nachhaltige Entwicklung, die gleichermaßen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und politische Stabilität beinhaltet.

Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Realität

Damit die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit keine Wunschvorstellungen bleiben, wurde 2002 eine Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Monterrey/Mexiko einberufen, an der auch Vertreter aus der Wirtschaft und von NGOs teilnahmen. Sie thematisierte als erste UN-Konferenz alle Grundprobleme der Entwicklungsfinanzierung: die Mobilisierung eigener Mittel in Entwicklungsländern, ausländische Direktinvestitionen, den internationalen Handel, öffentliche Entwicklungshilfe, das Problem der Verschuldung und die Regeln des internationalen Finanz- und Handelssystems. Der in Monterrey

Ziele nachhaltiger Entwicklung



erzielte Konsens enthält dabei wichtige Elemente einer effektiveren Entwicklungspolitik:

- Die Industrieländer bestätigten die Untergrenze für öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts (BNP) und sagten eine bessere Abstimmung ihrer Hilfe sowie Schuldenerleichterungen für die armen Länder und entwicklungsfreundliche Reformen der Welthandels- und Weltfinanzordnung zu.
- Die Verantwortung der Entwicklungsländer für „Good Governance“ und jene der Industrieländer für faire weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen wurde bekräftigt.
- Die Zusagen mehrerer Staaten summierten sich zwar auf 16 Mrd. US-Dollar bis 2006, vorsichtige Schätzungen errechnen aber einen Finanzbedarf von mindestens 50 Mrd. US-Dollar, um die „Millenniumsziele“ bis 2015 zu erreichen.

Im Jahr 2008 fand in Doha eine UN-Folgekonferenz zur Entwicklungsfinanzierung statt. Diese sollte weiter reichende Akzente für die Entwicklungszusammenarbeit setzen. Unter dem Einfluss der Finanzkrise wurde eine drohende Kürzung der Entwicklungshilfe zwar abgewendet und die Ziele von Monterrey wurden bekräftigt. Es konnten jedoch keine weiteren verbindlichen Vereinbarungen getroffen werden.

Die UN-Vollversammlung hatte bereits 1970 das Ziel gesetzt, die Industrieländer zu einer Abgabe von 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zu bewegen. Hinter diesem Ziel bleiben seitdem die meisten Länder weit zurück, unter ihnen auch Deutschland.

Kritik an der Entwicklungspolitik

Angesichts der nach wie vor problematischen Lebensbedingungen in vielen Entwicklungsländern wird immer wieder Kritik an der Praxis der Entwicklungspolitik laut. Die Kritik bezieht sich vor allem auf die folgenden Aspekte:

- Die Industrieländer bleiben nach wie vor weit hinter dem Ziel zurück, 0,7 Prozent ihres BNP für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden.
- Die wirksamste Hilfe für Entwicklungsländer wäre die Chance, ihre Produkte in die Industrieländer exportieren zu können. Die Industrieländer verhindern dies aber durch protektionistische Maßnahmen.
- Radikale Kritiker fordern die Einstellung der Zahlungen: Durch Hilfslieferungen würden die lokalen Märkte und Produktionsstrukturen zerstört, während Geldhilfen häufig nur der persönlichen Bereicherung von Eliten dienen.
- In Deutschland wurde sehr kontrovers über Entwicklungspolitik diskutiert, da das Geld z. T. erst gar nicht bei den Hilfsbedürftigen ankam, weil viele Gelder in Verwaltungen oder korrupte Apparate flossen.
- Problematisch ist, dass es kaum Instrumente gibt, mit denen die Nichteinhaltung von entwicklungspolitischen Vereinbarungen sanktioniert werden können.
- Entwicklungspolitik ist politisch wenig reizvoll, da Wähler ihre Erfolge i. d. R. nicht unmittelbar erkennen können.

Aufgaben

1. Stellen Sie mit Hilfe von Texten, Grafiken und Statistiken (- Methodenkompetenz: Analyse von Statistiken) dar, inwiefern die Ziele der Entwicklungspolitik bzw. Entwicklungsstrategien erreicht bzw. nicht erreicht wurden. Nennen Sie mögliche Gründe.
2. Recherchieren (- Methodenglossar) Sie in Gruppen ein Projekt zur Entwicklungszusammenarbeit. Erläutern Sie darauf aufbauend, wie das Projekt Entwicklung fördern will und inwiefern die aktuellen Leitmotive zum Tragen kommen.
3. Begründen Sie, inwiefern Entwicklungspolitik einen Beitrag zum weltweiten Frieden leisten kann.